

21.03.2023 – 10:15 Uhr

Medienkonferenz: Es braucht jetzt einen Rettungsschirm für das Personal

Die Lage für die Mitarbeitenden insbesondere der Credit Suisse ist nach der Ankündigung der Übernahme durch die UBS dramatisch. Sehr viele Arbeitsplätze sind gefährdet. Für die Angestellten ist die Unsicherheit enorm belastend: Ein Sturm zieht auf, aber niemand weiss, ob er davon getroffen wird. Die vom Schweizerischen Bankpersonalverband SBPV initiierte und vom Bund unterstützte Task-Force zu den Arbeitsplätzen mit UBS, Credit Suisse und Arbeitgeber Banken soll jetzt einen Rettungsschirm für das Personal spannen. Der SBPV steht mit den Akteuren im engen Kontakt, damit sich die Task-Force nun sofort formiert und Massnahmen erarbeiten und umsetzen kann.

Medienmitteilung

21. März 2023

Der Schweizerische Bankpersonalverband SBPV hat heute an einer gemeinsamen Medienkonferenz mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB seine Forderungen dazu präsentiert.

Die Task-Force muss prioritär in folgenden drei Feldern aktiv werden:

1. Der Arbeitsplatzverlust muss auf das absolute Minimum begrenzt werden.

Der SBPV fordert einen Kündigungsstopp bis Ende 2023 und anschliessend die Umsetzung nicht verhinderbarer Kündigungen im Rahmen des Sozialplans. Es braucht einen besonderen und verstärkten Kündigungsschutz für Mitarbeitende ab 55 Jahren, für welche die Stellensuche besonders schwierig ist. Wo es möglich ist, sind finanziell kompensierte Frühpensionierungen zu bevorzugen.

2. Die Konsequenzen von Kündigungen müssen bestmöglich gemindert werden.

Wo ein Stellenabbau nicht vermieden oder z.B. durch Frühpensionierungen vollzogen werden kann, braucht es einen Effort der UBS und der Credit Suisse, um betroffenen Mitarbeitenden zum Beispiel mit grosszügigen Umschulungen den Weg zu einer neuen Stelle zu vereinfachen. Zwar herrscht auch in der Finanzbranche ein Fachkräftemangel. Aber durch die Übernahme droht ein Stellenabbau in einer Dimension, welche der Arbeitsmarkt in der Bankbranche nicht aufnehmen könnte.

3. Die bewährten Sozialpläne müssen erweitert werden.

Es braucht zusätzliche Massnahmen, die für alle Mitarbeitende von CS und UBS gelten. Die aktuellen Sozialpläne von UBS und CS sind gute Instrumente für gewöhnliche Umstrukturierungen. Doch die Übernahme der CS durch die UBS geht weit darüber hinaus. Deshalb ist es notwendig, dass zusätzliche Massnahmen mit dem SBPV als Sozialpartner ausgehandelt werden.

Zudem braucht es zukünftig eine staatliche Garantie für die Arbeitsplätze. Es darf nicht sein, dass die Unternehmen durch Steuergelder gesichert werden – aber die Mitarbeitenden leer ausgehen. Bank-Rettung muss auch Arbeitsplätze-Rettung heissen. Die Milliarden Garantien vom Bund sollen an Bedingungen zugunsten der Mitarbeitenden geknüpft werden, und der Bund soll sich direkt an den Kosten beteiligen.

Der Schweizerische Bankpersonalverband

Der Schweizer Bankpersonalverband (SBPV) ist seit über 100 Jahren die Stimme der Mitarbeitenden in der Banken- und Finanzwelt der Schweiz. Der Verband setzt sich für die stete Verbesserung der Arbeitsbedingungen ein. Er ist anerkannter Sozialpartner in der Branche und Unterzeichner der beiden Gesamtarbeitsverträge VAB und der VAZ.

Kontakt:

Natalia Ferrara, Geschäftsführerin

Mobile 076 616 99 54

Mail natalia.ferrara@sbpv.ch

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100016135/100904663> abgerufen werden.